



Donnerstag, 10. September 2026, 14:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Der Nutznießer als Wohltäter

Andy Burnham nennt die Ukraine „Europas Beschützerin“: eine rhetorische Umkehrung, die stellvertretendes Sterben in strategischen Nutzen verwandelt.

von Alex Günther

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Fred Duval, amelameli)

Am 24. August 2026, dem 35. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit, reiste der britische

Premierminister Andy Burnham – er war fünf Wochen zuvor, am 20. Juli 2026, als Nachfolger von Keir Starmer ins Amt gekommen (5) – zu seinem ersten Auslandsbesuch nach Kiew. In seiner Rede vor der Sophienkathedrale erklärte er, die Ukraine sei „Europas Beschützerin, keine Belastung für unsere Sicherheit, sondern die Frontlinie, die Europa sicher hält“ (1, 3). Wovor genau diese Frontlinie schützt, bleibt in diesem Satz unbenannt. Nimmt man ihn beim Wort, wird es absurd: Als geografischer Begriff reicht „Europa“ im Osten bis zum Ural und schließt damit weite Teile Russlands ein, Moskau eingeschlossen. Mit der EU oder der NATO ist der Kontinent also keineswegs deckungsgleich. Wörtlich genommen müsste „Europas Beschützerin“ also auch dieses Russland mitschützen, das exakte Gegenteil dessen, was tatsächlich geschieht. Der Satz funktioniert nur, wenn stillschweigend ein anderes, engeres „Europa“ gemeint ist als das geografische. Diese Verengung bleibt unbenannt; sie wird einfach vorausgesetzt, während im selben Atemzug das geografische Gebiet namens „Europa“ auf EU/NATO „geframed“ wird. Im selben Zusammenhang kündigte Burnham an, der Rüstungskonzern MBDA dürfe klassifizierte Informationen zu britischen Bauteilen der Langstreckenrakete SCALP (Système de Croisière Autonome à Longue Portée) freigeben, damit Frankreich und die Ukraine deren Eigenmontage in der Ukraine vorantreiben können (1, 6). Dieser Artikel prüft, was an seinen Formulierungen Tatsache ist, was Deutung und wem sie tatsächlich dienen.

Eine Umkehrung der Erzählung

Bis vor kurzem dominierte in der westlichen

Kriegskommunikation ein bestimmtes Bild: die Ukraine als Opfer eines völkerrechtswidrigen Angriffs, dem der Westen aus Solidarität beisteht. Burnhams Satz verschiebt dieses Narrativ. Damit rückt die Ukraine von der Empfängerin zur Auftragnehmerin und wird zur Bündnispartnerin dem Anschein nach, obwohl kein Bündnis besteht.

Diese Verschiebung verändert, wessen Interessen im Vordergrund stehen. Wenn die Ukraine „Europas Frontlinie“ ist, verwandelt sich jede Zurückhaltung bei weiterer Unterstützung von einer Solidaritätsfrage in eine Frage der eigenen Sicherheit. Kritik an fortgesetzter Eskalation wird dadurch schwerer artikulierbar. Wer die Frontlinie schwächt, schwächt — gemäß Burnham — „Europa“.

Was tatsächlich der Fall ist

Die Tatsachenlage ist eindeutig und überprüfbar: Es gibt keine russischen Kampfhandlungen auf dem Gebiet eines Mitgliedstaats der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) und auch keine russischen Truppenbewegungen gegen europäisches Bündnisgebiet. Der Krieg findet auf ukrainischem Staatsgebiet statt, gegen ukrainische Städte, mit ukrainischen Opfern. Die „Frontlinie“, von der Burnham spricht, verläuft geografisch zwischen Russland und der Ukraine, nicht etwa zwischen Russland und Polen, Deutschland oder Großbritannien.

Was demgegenüber empirisch zutrifft, ist, dass der Krieg russisches Material, Personal und wirtschaftliche Ressourcen bindet, die anderenfalls potenziell anderweitig verfügbar wären. Das ist eine reale strategische Wirkung. Sie beruht auf einer Annahme über ein

hypothetisches russisches Verhalten in einem alternativen Szenario; ein gegenwärtiger Angriff auf Europa liegt jedoch nicht vor. Diese Annahme ist die eigentlich strittige Prämisse der westlichen Bedrohungskommunikation seit 2022. Burnhams Formulierung verwandelt sie in eine Gegenwartstatsache.

Die Technik der impliziten Verzerrung

Wörtlich behauptet Burnham nicht, Russland greife die NATO bereits an. Grammatikalisch beschreibt sein Satz eine angeblich gegenwärtige Funktion der Ukraine, keinen laufenden Angriff auf Großbritannien.

Der Vorwurf einer offenen Falschbehauptung lässt sich damit nicht ohne Weiteres begründen. Darin liegt die rhetorische Finesse von Burnhams Aussage und damit zugleich auch ihre geopolitische dreiste Unverfrorenheit.

Burnham rückt zwei zeitlich weit auseinanderliegende Szenarien so nah zusammen, dass sie ununterscheidbar werden: ein potenzielles Russland von morgen, das die Ukraine erobert hat, und ein Europa von heute, das sich angeblich schon verteidigt. Verstärkt wird dieser Effekt durch den unmittelbaren Kontext seiner Rede: Im selben Satz verweist er auf „outrageous threats to my country“ – empörende Drohungen gegen sein eigenes Land (1, 2) – und stellt sie in eine rhetorische Kontinuität mit dem Kriegsgeschehen in der Ukraine. Für das Publikum verschmelzen beide Ebenen zu einem einzigen Bedrohungsbild, in dem Russland scheinbar bereits gegen den Westen vorgeht.

Diese Drohungen lassen sich konkret zuordnen: Der scheidende russische Botschafter in London, Andrei Kelin, warnte, Londons Handlungen würden „unweigerlich Konsequenzen nach sich ziehen, für die es sich verantworten muss“ (2). Außenminister Sergei

Lawrow erklärte, Russland habe das Recht, die „direkte Beteiligung britischer Raketenkräfte“ als „Kriegsteilnahme, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen“ zu werten (1). Kremlsprecher Dmitri Peskow ließ verlauten, das russische Militär sammle bereits Daten, um etwaige Produktionsstätten der Raketen zu lokalisieren und zu zerstören, und warf Großbritannien vor, „methodisch und regelmäßig Öl ins Feuer“ zu gießen (4).

Entscheidend ist, worauf sich diese Drohungen tatsächlich beziehen. Es geht ganz konkret um britische Langstreckenwaffen-Unterstützung, nicht um allgemeinen pauschalen Beistand für die Ukraine. Großbritannien liefert der Ukraine bereits seit 2023 Storm-Shadow-Marschflugkörper, mit denen seit November 2024 auch Ziele auf russischem Staatsgebiet selbst getroffen wurden (6, 7). Das französische Pendant SCALP stammt aus derselben Kooperation mit dem Hersteller MBDA.

Bemerkenswert hierbei ist, dass auch dieses als britisch-französisch geltende System selbst nicht rein europäisch funktioniert: Seine ‚Wirkung‘ hängt an US-amerikanischen Aufklärungsdaten. Die Terrain-Referenz-Navigation, mit der die Rakete im Tiefflug ihr Ziel findet, stützt sich auf digitale Geländehöhendaten (DTED, Digital Terrain Elevation Data), die strukturell auf US-amerikanischen, von der National Geospatial-Intelligence Agency bereitgestellten Vermessungsprogrammen beruhen (12). Diese Abhängigkeit hat sich bereits konkret ausgewirkt: Als die Vereinigten Staaten im März 2025 sämtliche Satelliten- und Geheimdienstaufklärung an die Ukraine stoppten – betroffen waren neben militärischen auch kommerzielle Daten des Anbieters Maxar –, fehlten der ukrainischen Luftabwehr eben diese Erkenntnisse, mit tödlichen Folgen für elf Zivilisten (9, 10, 11). Die Weitergabe wurde später wieder aufgenommen und erreichte bis Mitte 2026 nach Einschätzung von Mitgliedern des US-Geheimdienstausschusses wieder das frühere Niveau (24), was die Abhängigkeit von politischen Entscheidungen in Washington eher unterstreicht als relativiert.

Der tieferliegende Grund hierfür ist, dass die Ukraine über keine einzige eigene Aufklärungssatelliten-Infrastruktur verfügt. Jede Quelle für satellitengestützte Zieldaten, ob militärisch von den USA oder kommerziell etwa von Maxar bereitgestellt, ist ausländischen Ursprungs. Die Kontrolle darüber, ob und wann diese Daten fließen, liegt vollständig außerhalb ukrainischer Hände.

Für den präzisen Einsatz von Langstreckenwaffen wie Storm Shadow/SCALP tief im russischen Hinterland bleibt die Ukraine daher auf US-amerikanische Zieldaten angewiesen; nur die eigentliche Missionsprogrammierung nimmt sie selbst vor (8). Der Westen liefert also Waffen und Aufklärungsdaten, die Ukraine wählt im Wesentlichen nur noch das Ziel aus und drückt auf den Start-Knopf. Washington behält damit faktisch ein Mitspracherecht darüber, wo diese Waffen überhaupt eingesetzt werden können. Die nun in Kiew verkündete Freigabe der klassifizierten Bauteil-Informationen ist die konsequente Fortsetzung dieser Linie, nämlich von der Lieferung einsatzfähiger Raketen zur Weitergabe der Fähigkeit, sie selbst zu produzieren. Die Kausalkette lässt sich damit eindeutig rekonstruieren: Großbritannien liefert seit Jahren Langstreckenwaffen, mit denen tief ins russische Hinterland geschlagen werden kann, gibt nun zusätzlich die Technologie zu deren Eigenproduktion frei und Russland reagiert nun mit der Drohung, dies als Kriegsteilnahme zu werten und die entsprechenden Produktionsstätten anzugreifen.

Burnham selbst benennt diese Kausalkette an keiner Stelle. Sein Satz „trotz Russlands empörender Drohungen gegen mein Land“ präsentiert die Drohungen als unprovozierte, freistehende Aggression, gegen die sich Großbritannien lediglich behauptet. Auf den direkten Vorwurf Peskows, London gieße Öl ins Feuer, antwortete er ausweichend: „Who started the fire? That’s the question, isn’t it?“ (4). Also eine rhetorische Gegenfrage, die auf den russischen Angriff von 2022 verweist, aber die konkrete, unmittelbare Frage nach dem Auslöser der aktuellen Drohungen

lässt er unbeantwortet. Auf der Ebene eines einzelnen Satzes wiederholt sich damit das gleiche Muster, das der gesamten „Protector“-Rhetorik zugrunde liegt:

Eigenes Handeln und fremde Reaktion werden nebeneinander dargestellt, ohne dass die Verbindung zwischen beiden benannt wird. Und die Reaktion erscheint dadurch als grundlose Bedrohung, dabei ist sie eine unmittelbare Antwort auf eine konkrete Eskalation.

Aus dieser Art der Verzerrung – nichts explizit Falsches behaupten, aber die Satzbausteine so anordnen, dass eine falsche Kausalkette suggeriert wird – erwächst ein strategischer Vorteil gegenüber offener Falschbehauptung. Sie lässt sich schwer widerlegen, weil man dem Redner nichts Konkretes nachweisen kann, das er wörtlich nicht gesagt hat. Verantwortlich gemacht werden kann er dafür wahrscheinlich nicht.

Wer sich hier tatsächlich schützt

Die entscheidende Frage lautet daher nicht nur, was Burnham gesagt hat, sondern wessen Interessen die Formulierung bedient. Fünf Kandidaten bieten sich an.

Erstens schützt die Rhetorik die fortgesetzte westliche Eskalationslogik vor Legitimationsverlust. Der Krieg dauert nun vier Jahre. Die Front verschiebt sich seit Jahresbeginn 2026 in wechselnder Richtung und insgesamt nur in kleinen Schritten (13, 14, 15, 16, 17, 18), die Verluste bleiben auf beiden Seiten hoch. In allen beteiligten Gesellschaften wächst die Kriegsmüdigkeit, auf russischer wie auf ukrainischer und westlicher Seite, und mehr als ein Jahr US-geführter „Friedensbemühungen“ hat keine Fortschritte gebracht. Unter diesen Bedingungen benötigt die weitere

Unterstützung eine Begründung, die über bloße Solidarität mit einem Opfer hinausgeht. Eigeninteresse-Rhetorik wie „sie verteidigen uns“ erweist sich als widerstandsfähiger gegen Ermüdungserscheinungen als reine Solidaritätsappelle.

Zweitens schützt sie die beteiligten Regierungen selbst. Burnham ist zum Zeitpunkt seiner Rede erst fünf Wochen im Amt. Wer Ressourcen und Risiko in einen Krieg ohne erkennbaren unmittelbaren eigenen Nutzen investiert, macht sich angreifbar.

Die Formulierung „Frontlinie unserer Sicherheit“ rahmt britische Ausgaben und Risikobereitschaft als Investition in die eigene Sicherheit um; als Engagement für einen Dritten erscheinen sie so kaum noch.

Drittens schützt sie den konkreten Eskalationsschritt, der in derselben Rede verkündet wird, vor kritischer Prüfung. Die Freigabe britischer Bauteil-Technologie innerhalb des gemeinsam britisch-französisch entwickelten Systems für die ukrainische Eigenmontage von Langstreckenraketen geht über bloße Materiallieferung hinaus, denn es handelt sich hierbei um Fähigkeitstransfer. Wenn die Ukraine zuvor als „Europas Beschützerin“ etabliert wurde, erscheint dieser Schritt als logische Konsequenz einer Schutzbeziehung; eine eigenständige Bewertung als Risikoerhöhung findet gar nicht erst statt.

Viertens verschleiert die Formulierung, wer hier tatsächlich Risiko trägt. Es ist die Ukraine, die kämpft, deren Städte zerstört werden und deren Bevölkerung stirbt. Der Westen liefert Ausrüstung, Technologie und politische Rückendeckung, ohne selbst offiziell Kriegspartei sein zu wollen, obwohl manche Analysen hier einen anderen Rückschluss zulassen. Nimmt man das Wort „beschützen“ wörtlich – wer setzt seine Existenz für wen aufs Spiel –, dann ist die Ukraine vor allem der Schauplatz, an dem ein größerer geopolitischer Konflikt zwischen Russland und dem Westen

stellvertretend ausgetragen wird, nicht „Europas Beschützerin“. Und dies findet auf einem historisch beispiellosen waffentechnischen Erprobungsfeld statt, auf dem Drohnenschwärme, KI-gestützte Zielsysteme und private Weltraumtechnologie in einem Tempo und Umfang getestet werden, wie es zuvor kein Krieg gesehen hat. Die Kosten sind dabei denkbar asymmetrisch verteilt: Maximale Kosten in der Ukraine und dabei gleichzeitig kalkulierte Risiko und materielle Investition im Westen.

Fünftens schließlich profitiert von der fortgesetzten Eskalationsrhetorik ganz konkret die westliche Rüstungsindustrie mit Interessen, die mit Solidaritätsappellen kaum zu rechtfertigen wären, mit dem Bild einer bedrohten „Frontlinie Europas“ dagegen aber schon eher.

Die Zahlen sind eindeutig: Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall, größter Profiteur der europäischen Aufrüstung, steigerte seinen Konzernumsatz im Geschäftsjahr 2025 um 29 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro, nach 7,7 Milliarden Euro im Vorjahr (19). Das operative Konzernergebnis wuchs um 33 Prozent auf 1,84 Milliarden Euro, die operative Marge stieg auf 18,5 Prozent (19). Der Auftragsbestand erreichte mit 63,8 Milliarden Euro ein Rekordniveau, eine Steigerung um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies entspricht mehr als sechs Jahren Umsatzsichtbarkeit (19). Für 2026 prognostiziert der Konzern einen weiteren Umsatzsprung auf 14,0 bis 14,5 Milliarden Euro (19).

Der Aktienkurs, Anfang 2022 noch unter 83 Euro (20), stieg nach dem russischen Angriff auf die Ukraine am 25. Februar 2022 um 5,4 Prozent auf 101,20 Euro und überschritt einen Monat später erstmals in der Firmengeschichte die 200-Euro-Marke (21). Im Oktober 2025 erreichte er ein Allzeithoch von knapp über 2.000 Euro, eine mehr als Verzwanzigfachung (20). Auch nach deutlichen

Kursverlusten im Verlauf des Jahres 2026 notiert er im August 2026 immer noch bei rund 1.150 Euro, dem etwa Vierzehnfachen des Vorkriegswerts (22).

MBDA, also jener Hersteller, dessen SCALP-Technologie Burnham in Kiew freigab, profitiert von genau der Art von Eigenproduktions- und Technologietransfer-Geschäften, die seine Rede ankündigte. Der Konzern reaktivierte dafür im Jahr 2025 Fertigungslinien, die zuvor 15 Jahre stillgelegt hatten (6). Zunächst wird sich die ukrainische Fertigung dabei auf die Endmontage beschränken, nicht auf eine vollständige Eigenproduktion. Schlüsselkomponenten sollen hierbei weiterhin aus Großbritannien und Frankreich geliefert werden (23), was den Konzern auch nach der Freigabe im laufenden Zulieferungsgeschäft hält. Jede Eskalationsstufe, jede neue Waffenkategorie, jede Freigabe zur Eigenproduktion bedeutet für diese Unternehmen neue Aufträge – ein Interesse, das sich mit der Sprache der Bedrohungsabwehr diskursiv weit besser verträgt als mit einer Sprache, die Waffenlieferungen offen als das benennt, was sie für die Bilanzen der Hersteller auch sind.

Die Reaktion aus Moskau

Kelins, Lawrows und Peskows Drohungen, die bereits im vorigen Abschnitt zitiert wurden, stehen nicht isoliert da. Peskow bewertete den „SCALP-Plan“ zusätzlich als „äußerst negativ“ und warf Großbritannien vor, sich „an diesem Krieg auf Seiten des Kiewer Regimes“ zu beteiligen (4).

Diese Reaktion verweist auf denselben blinden Fleck, den die Burnham-Rede erzeugt, nur aus der entgegengesetzten Richtung betrachtet. Wenn ein NATO-Staat einem Kriegsland die Technologie zur Eigenproduktion von Langstreckenwaffen überträgt, verschwimmt die Trennlinie zwischen Unterstützer und

Kriegspartei tatsächlich. Das bewusste Offenhalten dieser Trennlinie ist für die westlichen Staaten dringend notwendig, denn sie selbst wollen ja auf gar keinen Fall Kriegspartei sein — eine Position, auf der die gesamte bisherige Nichtkriegsbeteiligungs-Fiktion seit 2022 beruht.

Ein wiederkehrendes Muster

Die Kombination aus rhetorischer Aufwertung und materiellem Fähigkeitstransfer folgt einem seit 2023 wiederkehrenden Muster: Zunächst gilt eine bestimmte Waffenkategorie als „rote Linie“, deren Überschreiten eine gefährliche Eskalation bedeuten würde, etwa Kampfpanzer, Kampffjets oder Raketen mit Reichweite auf russisches Kernland. Dann erfolgt die Freigabe, begleitet von einer rhetorischen Einordnung, die sie als notwendige, defensive Konsequenz erscheinen lässt. Es folgt eine verbale russische Drohung. Eine unmittelbare direkte Konfrontation bleibt bis jetzt noch aus, aber die Schwelle dessen, was als gewöhnliche, akzeptierte Unterstützung gilt, hat sich abermals verschoben.

Burnhams Rede vom 24. August 2026 fügt sich in dieses Muster ein, sprachlich nur besonders perfide zugespitzt. Die entscheidende Frage für die öffentliche Debatte sollte deshalb nicht sein, ob die Ukraine weitere Unterstützung verdient, sondern vielmehr, welche Ausmaße die Täuschung annimmt, wenn eine Sprache, die reale Kausalitäten verdreht, um Eskalation als Selbstverteidigung zu verkaufen, am Ende nicht der Ukraine dient, sondern vor allem jenen, die an ihrem Fortbestehen als Kriegsschauplatz und militärisches Experimentierfeld politisch wie finanziell gigantische Profite machen.



Alex Günther ist Autor und medienpolitischer Analyst.